

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Sprechstunden der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Ernahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeige an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 7 1/2 Uhr.
In den Fällen für Zus. Anzeigen:
Die Anzeigen, welche am 22.
Danks Briefe, Rathhausestr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,300.

Abonnementpreis viertel, 6/4, Mt.,
incl. Frangirgohn 6 Mt.,
durch die Post bezogen 6 Mt.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belagerungspl. 10 Pf.
Schüler für Extrablätter
ohne Postförderung 36 Pf.
mit Postförderung 46 Pf.
Jahres 5 Gg. 20 Pf. 20 Pf.
Erhalten Schriften laut unfer-
Preisverzeichnis - Tabellenf. 20
Sag noch höherem Tarif.
Kommen unter dem Nachdruck
die Spalte 40 Pf.
Inhalte sind nach an d. Expedition
zu lesen. - Rabatt wird mit
geboten. Zahlung pro numerando
oder durch Postwechsel.

N^o 101.

Donnerstag den 11. April 1878.

72. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Posaungsbatterie der im Jahre 1878 in Leipzig, Stadt, gemusteren militärischen Mannschaften sind eingezogen und liegen auf unserem Quartieramt, Rathhaus, 2. Etage, zum Abholen bereit, was hiermit zur Kenntniss der Beteiligten gebracht wird.
Leipzig, am 6. April 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Geor. Lamprecht.

Bekanntmachung.

In Ötern d. J. sind vier Ausstattungsstipendien im Betrage von 77 A 8 J, 67 A 45 J und zweimal 40 A 47 J an hiesige, unbescholtene, arme Bürgerkinder, welche sich in der Zeit von Ötern d. J. bis Ötern d. J. verheiratet haben, von und zu vergeben und sind schriftliche Gesuche um diese Stipendien unter Beifügung der Gefährlichkeits-Bescheinigung, eines von zwei hiesigen Bürgern bei deren Bürgerpflicht ausgestellten Zeugnisses über die Unbescholtenheit und Bedürftigkeit der Bewerberin, sowie was das eine nur an ehelich Geborene zu vergebende Wiederlehrer'sche Stipendium von 40 A 47 J anlangt, einer Geburtsbescheinigung bis zum 18. d. M. in unserer Registratur, Rathhaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 15, einzureichen.
Leipzig, den 8. April 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Geor. Meißerschmidt.

Bekanntmachung.

Die in dem Rath's-Postreviere Bureau erhaltenen Hölzer sind innerhalb 8 Tagen abzuführen, widrigenfalls nach den Licitationsbedingungen verfahren werden dürfte.
Leipzig, am 9. April 1878.

Des Rath's Post-Deputation.

Bekanntmachung und Einladung.

Die für den Bau der neuen Peterkirche in Leipzig auf dem Schletterplatze eingeleiteten 50 Concurrenz-Projekte sind, einschließlich der 3 prämirten, vom 12. - 25. April in der Aula der Universität öffentlich ausgestellt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr Nachmittags, an den Sonn- und Feiertagen (außer Charfreitag, wo die Ausstellung geschlossen bleibt) erst von 11 Uhr an. Der Eintritt ist gratis.
Leipzig, den 10. April 1878.

Der Kirchen-Vorstand zu St. Petri.
D. Friede.

Königl. Baugewerkschule

(Z. Z. im Gebäude der 4. Bezirksschule, Parthenstrasse).
Zu der Freitag den 12. huj. früh von 9-12 und Nachmittags 2-5 Uhr und Sonnabend den 13. früh von 9-12 Uhr stattfindenden Ausstellung der Schülerarbeiten, sowie zu der Entlassung der abgehenden Schüler Sonnabend den 13. huj. Mittags 1 Uhr beehrt sich im Namen des Lehrercollégiums ergebenst einzuladen.

Für die hiesige Buchhändlerlehrlingschule

werden zum 1. Juli drei größere und ein kleineres Zimmer zu mieten gesucht. Coenueil würde es auch genügen, wenn die Localitäten nur für die Morgenstunden, im Sommer von 6-8, im Winter von 7-9 Uhr, und außerhalb der Messen zur Benutzung überlassen werden könnten. Anerbietungen werden baldigst an den Unterzeichneten erbeten.

Der Vorstand der Buchhändlerlehrlingschule.
J. B. H. Kefelsböfer.

Vor der Entscheidung.

Berlin, 9. April. (Originalcorrespondenz.)
Wir stehen in der inneren Politik kurz vor einer neuen großen Entscheidung, sie ist die Konsequenz der Minister- und Kanzlerkrise, die jetzt zum Abschluss gekommen, aber noch weitere Opfer fordern. Auf allen Seiten Verflüchtung und der dringendste Wunsch nach Klärung der Verhältnisse. Im Reichstag verlangt man alle Tage bestimmter nach dem Programm der neuen Minister; man bekämpft sie, weil man ahnt, daß dieses Programm auf manchen Seiten Enttäuschungen hervorrufen wird. Fürst Bismarck hat selbst das dringendste Interesse, dieser unerquicklichen Situation ein Ende zu machen und schnell Klarheit zu verbreiten. Aus diesem Grunde wird er nicht mehr zögern, mit seinen neuen wirtschaftlichen Plänen, zu deren Durchführung sich die neuen Minister verpflichtet haben, und die — wie bekannt — schon lange in seiner Seele schlummerten, vor den Reichstag zu treten. Fürst Bismarck dürfte bald Beweise auf den Tisch des Hauses niederlegen, daß er nicht nur eine Steuer-, sondern eine vollständige Wirtschaftsreform anstrebt. Deutschland — das ist das patriotische Wort des Kanzlers — darf nicht länger das Absatzgebiet für die Waaren und Producte fremder Länder sein, die deutsche Industrie soll gehoben und gegen das Ausland geschützt werden. In erster Linie ist die Wiedereinführung der Eisenzölle geplant; es werden ferner Vorlagen ausgearbeitet wegen Einführung eines Eingangszolles auf Holz, Vieh, Getreide u. s. Diese Vorlagen werden sich in ihrer Gesamtheit als ein Abweichen von der bisherigen Wirtschaftspolitik präsentieren und so in einer gewissen Beziehung stehen zu dem Tabakmonopol.

Es bedarf wohl nicht der Versicherung, daß die jetzige Mehrheit des Reichstags diese und ähnliche Vorlagen zurückweisen wird; für diesen Fall gedenkt der Kanzler an die Wähler zu appellieren. Die Entscheidung soll sogar ohne Aufschub erfolgen. Schon jetzt bricht man nur noch von der nahe bevorstehenden Auflösung des Reichstags, und in dieser Bewahnung wird von den einzelnen Rednern jede Gelegenheit benutzt, nach den Wählern durch ihre Reden und wirtschaftlichen Ansichten zu empfehlen. Der gegenwärtige Reichstag bietet überdies ein vollständiges Chaos der Parteien dar und fristet nur noch deshalb sein politisches Dasein, damit ihm die Gelegenheit geboten werde, offen und frei zu erklären, daß er die neue Politik Bismarck's nicht unterstützen wird. Aber hat dem Kanzler eine Garantie, daß die Neuwahlen bei einer Majorität verschaffen werden? Er

*) Sol, jedoch die erste Notiz der „Tagesgeschichtlichen Uebersicht“.

legt seine ganze Popularität gegen die bisherige Wirtschaftspolitik und ihre Anhänger ein. Gewinnt er, so dürften Handel und Industrie unter dem neuen System gewiß nicht mehr zu klagen haben.

Wir hätten gegen diese letztere Annahme, sowie gegen andere Punkte des obigen Artikels Manches auf dem Herzen. Wir glauben ihn aber vollständig und ohne Abschwächung abdrucken zu müssen, da er in seinem tatsächlichen Inhalte wertvolle Andeutungen über die Pläne der Regierung giebt. Ueber die Stellung der jetzigen Reichstagsmehrheit zu diesen Plänen, insbesondere über die in der nationalliberalen Partei herrschende Stimmung klärt uns ein anderer Artikel auf, der uns gleichzeitig von nationalliberaler Seite zugeht; er lautet:

Wer noch daran gezwweifelt hätte, daß mit den jüngsten Veränderungen im preussischen Staatsministerium die allgemeine Unsicherheit auf politischem und volkswirtschaftlichem Gebiete nur in eine neue Phase getreten, möchte heute schon eines Anderen belehrt sein. Leipziger als je wuchern die Gerüchte, und zwar weniger bezüglich der Folgen, welche dieser Ministerwechsel speziell für Preußen, als bezüglich derjenigen, welche er für das Reich haben werde. Schwierig wird Jemand Neigung haben, alle die Phantasieen, welche zur Zeit in der Presse umhergetragen werden, einer ernsthaften Erörterung zu unterziehen, selbst wenn sie sich mit noch so gewichtigen Namen schmücken. Was man wünscht, hofft man — diese triviale Wahrheit erklärt jene abenteuerlichen Ankündigungen, führt sie aber zugleich auf ihren wirklichen Werth zurück. Ueber einen Punkt aber wird man sich, in Anbetracht des hinter ihm stehenden Einflusses, nicht so leicht hinwegsetzen können. Es wird erzählt, der Reichskanzler beabsichtige, dem Reichstage eine Vorlage wegen Wiedereinführung der Eisenzölle zu machen. Einweilen schenken wir diesem Gerüchte keinen Glauben. Die bloße Thatfache, daß in den Bundesratstheisen von dieser Absicht bis jetzt gar Nichts bekannt ist, beweist freilich noch Nichts gegen das Vorhandensein derselben; auch mag es sein, daß die unermittelte Wiedereinführung der Eisenzölle den Herzenswünschen des Fürsten Bismarck entsprechen würde. Aber man braucht einem bescheidenen Gelegentworte ja nur die Denkschrift entgegen zu halten, mit welcher vor wenigen Wochen der preussische Antrag auf Anstellung einer Enquete (Untersuchung) über die Lage der Eisenindustrie begründet wurde, um ihm den Boden zu entziehen. Der preussische Ministerpräsident Bismarck kann sich doch mit dem Reichskanzler Bismarck nicht in einen unlöslichen Widerspruch verwickeln wollen. Und ein solcher Widerspruch würde es

sein, wenn der Reichskanzler heute rundweg die Wiederherstellung der Eisenzölle verlangte, während der preussische Ministerpräsident soeben erst eingehende Untersuchungen für notwendig erklärt hat, um über die Bedeutung der Zölle für die Lebensinteressen der Eisenindustrie ein zuverlässiges Urtheil zu gewinnen. Die an der Wiedereinführung der Zölle persönlich interessirten Industriellen mögen einen solchen Widerspruch — wie sie es bekanntlich in der That gethan haben — ohne Bedenken auf sich nehmen, Niemand ist ersaunt darüber. Bei einem Staatsmann jedoch würde man ihn schlechterdings nicht verzeihen. Auf alle Fälle aber würde sich nicht auch die Mehrheit des Reichstags daran beteiligen. Diese Mehrheit huldigt keineswegs, wie fanatische Gegner ihr vorzuerwerfen belieben, einem unverbesserlichen wirtschaftlichen Doctrinarismus; sie ist ganz zweifellos entschlossen, den concreten Verhältnissen jedes Zugeständnis zu machen, das sie mit der Rücksicht auf das Wohl des Ganzen glaubt vereinbaren zu können. Aber zuvor verlangt sie, über alle dabei in Betracht kommenden Fragen aufgeklärt zu sein. Das ist die Behauptung derjenigen, welche durch die Befestigung der Eisenzölle unmittelbar betroffen sind, als genügende Aufklärung betrachten soll, kann ihr nicht zugemuthet werden; anderes Material zur Verantwortung der Wiederherstellung der Zölle liegt aber zur Zeit nicht vor, und daß die Reichsregierung in den Motiven zu einem etwaigen Gesetzentwurf solches beizubringen vermöchte, ist angesichts der preussischen Anträge auf Anstellung einer Enquete auch nicht anzunehmen. Unter diesen Umständen würde die Einbringung eines Gesetzentwurfs wegen Wiederherstellung der Eisenzölle im gegenwärtigen Augenblicke, was die Unmöglichkeit eines sofortigen Urtheils anlangt, eine sehr verstärkte neue Auflage der neulichen Eisenbahnmehrheit vorlage im preussischen Abgeordnetenhaufe sein. Der Reichstag würde ihn nur ablehnen können. Dies freilich, meinen die Ueberschlauen, sei gerade die Absicht; es handle sich um einen Vorwand zur Auflösung des Reichstags, für welche die „wirtschaftlichen Interessen“ als Parole ausgegeben werden würden. Gewiß, keinem Lebenden kann es zweifelhaft sein, daß sehr entschieden darauf hingearbeitet wird, durch die Voranstellung der wirtschaftlichen Interessen eine Auflösung der bisherigen Parteiverhältnisse, vor Allem eine Sprengung der nationalliberalen Partei zu bewirken. Aber man sollte doch meinen, daß selbst diejenigen, welche von dem Erfolge dieser Bemühungen überzeugt sind, den oben angedeuteten Weg schwerlich für ein geschicktes Mander halten würden. Was unsere Ansicht betrifft, so glauben wir nicht, daß eine ausschließlich von den wirtschaftlichen

Gegensätzen angefüllte Wahlbewegung jemals zu der so heiß erstrebten, der Regierung blindlings und unbedingt ergebenden Majorität führen würde; im gegenwärtigen Augenblicke aber würde sie sicherlich in dem für ihre Anhänger günstigen Falle nur das parlamentarische Chaos zur Welt bringen. Wir denken auch, daß man sich an maßgebender Stelle derartigen Erwägungen nicht verschließen und deshalb in Wirklichkeit das gefährliche Experiment auch nicht beabsichtigt. Aber die Thatfache, daß dasselbe in den politischen Kreisen überhaupt ernstlich erörtert werden kann, beweist doch, wie weit wir in den inneren Dingen von dem festen Boden einer ruhigen Entwicklung entfernt sind.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 10. April.

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt unterm 9. April: Das parlamentarische Diner bei dem Reichskanzler Fürsten Bismarck verlief heute in üblicher Weise. Der Reichskanzler nahm verschiedene Abgeordneten gegenüber Gelegenheit, sich in entscheidender und enträthelter Weise über die Einführung und Erfinder der ihm fälschlich zugeschriebenen Absicht einer Auflösung des Reichstages auszusprechen. Fürst Bismarck meinte, daß das der absolut verkehrteste Weg wäre, den er geben könnte. Sein morgendes Erscheinen im Reichstag stellte Fürst Bismarck wegen seines Gesundheitszustandes noch unbestimmt dar.

Die Bundesratshandelskammer haben die Motive zum Tabakquötegesetz festgestellt. Die Vorlage ist sofort an den Reichstag gelangt. Die Ausschussberatungen über den preussischen Antrag wegen der Eisenzölle sollen alsbald beginnen. Die Ausschüsse beantragen ferner die Zustimmung des Bundesraths zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs des Zollvereins.
Die Motive zu dem Tabak-Enquetegesetz sind in der dem Reichstag vorgelegten Fassung nicht wesentlich verschieden von der Vorlage an den Bundesrath. Die Alternative: Monopol oder eine hohe Fabriksteuer ist beibehalten. Was die Ausnahme des Tabakhandels anlangt, werde davon ausgegangen werden müssen, daß man dieselbe nicht in einer Weise ausdehnen dürfe, welche weder dem Zweck entspricht, noch ein unverwerthbares Material in Aussicht stellt. Dem Bundesrath bleibt vorbehalten, die Grenze zu bestimmen, jedenfalls soll der kleine Krämerbetrieb ausgeschlossen bleiben. Die Einsicht in die Geschäftsbücher soll nur ein äußerstes Mittel bilden, um in Fälle dringenden Verdachtes unrichtiger Angaben die Wahrheit feststellen zu können. Es werde daher durch die vom Bundesrath zu erlassenden Bestimmungen vorzuschreiben sein, daß von dieser Befug-